



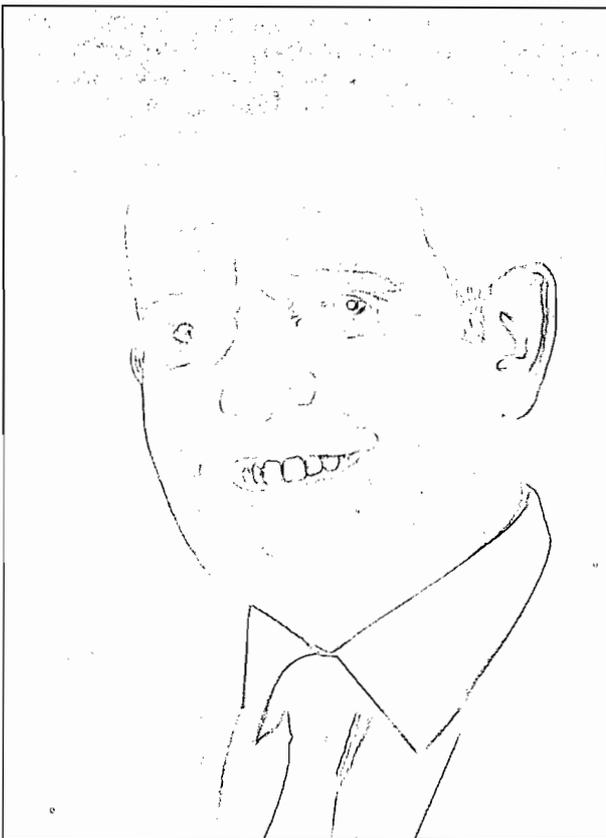
# Evangelische Verantwortung

März 1987

## Das „C“ im Spannungsfeld von Glaube, Kirche und Politik

Erwin Teufel

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag von Baden-Württemberg, Erwin Teufel, erläutert in dem folgenden Beitrag nicht nur die Bedeutung des „C“ im Namen der Union, sondern setzt sich grundsätzlich mit der Zuordnung von Glaube und Politik auseinander.



Erwin Teufel, MdL

Die Frage nach dem Einfluß christlicher Wertvorstellungen auf Parteien und Politiker kann ich redlicherweise nur im Blick auf die eigene Partei und im Blick auf die eigene Person beantworten. Für mich persönlich ist die Antwort zunächst ganz einfach: Es waren der christliche Glaube und mein Engagement in der kirchlichen Jugendarbeit, die mich in die Politik geführt haben. Es war nicht etwa so, daß ich erst Politiker geworden wäre und dann gefragt hätte, was das mit dem Christsein zu tun hat. Es war gerade umgekehrt. Die Erfahrung mit Glaube und Kirche hat mich auf den Weg in die Politik geführt, weil ich der Überzeugung war und immer noch bin: Christlicher Glaube ist keine Privatangelegenheit, er fordert den Einsatz für andere Menschen und deshalb auch für Gesellschaft und Staat.

Das zweite Motiv, das mich damals in die Politik geführt hat, war die intensive Beschäftigung mit dem Dritten Reich und insbesondere mit dem deutschen Widerstand. Das hat mich als junger Mensch interessiert wie kaum ein anderes Thema. Aus diesen beiden Motiven bin ich – schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre – in die CDU eingetreten. Dazu hatte mich nicht zuletzt die Tatsache bewegt, daß ich dort beides wiederfand: christliche Grundüberzeugungen und die Prägung durch den Widerstand gegen die NS-Barbarei. „Die Konstituierung der CDU hat in den Gefängnissen von Tegel begonnen.“ Auf diese Formel hat Eugen Gerstenmaier die Entstehungsgeschichte der CDU einmal gebracht. Ich halte es für unverzichtbar, daß meine Partei diese Ursprünge in lebendiger Erinnerung hält. Es waren Christen wie Gerstenmaier, evangelischer Theologe von Haus aus, der Münchner Rechtsanwalt Josef Müller – im KZ Flossenbürg neben Dietrich Bonhoeffer in der Todeszelle – oder der katholische Gewerkschaftsführer Jakob

Kaiser, die ihr Leben im Widerstand aufs Spiel gesetzt hatten und sich in der Nachkriegszeit zusammenfanden, nicht um einen „christlichen Staat“, sondern eine Partei und einen Staat auf der Basis christlicher Wertvorstellungen zu gründen. An ihrem Beispiel müssen wir heute Maß nehmen, wenn wir uns als Partei auf das „C“ berufen.

Mit der Berufung auf das „C“ steht die Union, ob sie will oder nicht und ob sie es reflektiert oder nicht, mitten im Spannungsfeld von Glaube, Kirche und Politik. Sie hat es in diesem Spannungsfeld nicht leichter als andere Parteien, eher schwerer. Denn bei der Verhältnisbestimmung zu Glaube und Kirche geht es für die Union nicht wie für andere Parteien um die Verhältnisbestimmung zu einer der wichtigen geistigen Strömungen und bedeutenden Gruppen in unserer Gesellschaft, sondern um ihre eigenen Grundlagen und um ihr Selbstverständnis. Die Besinnung auf die eigenen Fundamente ist heute eher schwieriger als in der Nachkriegszeit. Denn seither haben sich nach gewaltigen Säkularisierungsschüben Kirche und Gesellschaft grundlegend verändert. Die Beziehung von Denken und Handeln auf christliche Grundüberzeugungen ist heute – innerhalb und außerhalb meiner Partei – viel weniger selbstverständlich, als sie es damals war. Mit Recht hat Richard von Weizsäcker angesichts der neuen Situation gegenüber Kritikern, die der CDU taktische Motive bei der Inanspruchnahme des „C“ unterstellten, festgestellt, der Parteiname biete „keine höheren Wahlchancen, sondern allenfalls Angriffsflächen“.

Es kam nicht von ungefähr, daß mit dem heutigen Bundespräsidenten in den 70er Jahren ein Mann enger kirchlicher Bindung, der als Präsident des Evangelischen Kirchentages den gesellschaftlichen und kirchlichen Umbruch unmittelbar miterlebt hatte, zum Vordenker der programmatischen Selbstbesinnung der CDU geworden ist. Als Vorsitzender der Programmkommission hat er entscheidend zum Zustandekommen des Ludwigshafener CDU-Grundsatzprogramms und nicht zuletzt zur Formulierung seiner Präambel beigetragen. Darin wird die Position einer christlich-demokratischen Partei in einer pluralistischen Gesellschaft definiert: „Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.“ Und: „Aus christlichem Glauben läßt sich kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik.“

---

### **Kein Alleinvertretungsanspruch auf das Christliche**

---

Aus diesen Grund-Sätzen folgt für mich eine Zuordnung von Glaube und Politik weder im Sinne strikter Trennung noch im Sinne der Vermischung, sondern im Sinne der Unterscheidung. Es wäre völlig falsch, Glaube und Politik voneinander zu isolieren als zwei Größen, die nichts miteinander zu tun haben. Ebenso falsch wäre es, den Glauben in Politik zu transformie-

ren. Dietrich Bonhoeffer, der die Spannung zwischen Glaube und Politik bis zum Opfer seines Lebens im Widerstand gegen Hitler durchlitten hat, unterscheidet zwischen dem „Vorletzten“, mit dem es die Politik, und dem „Letzten“, mit dem Glaube und Kirche zu tun haben. Diese Unterscheidung, finde ich, bietet heute noch Orientierung: weil sie sowohl Distanz wie Beziehung ausdrückt. Die Beziehung hat zur Folge, daß es politische Herausforderungen gibt, in denen Christen vom Glauben her zu einer eindeutigen Haltung verpflichtet sind (z. B. wenn es um den Krieg als Mittel der Politik, um gewaltsame Unterdrückung Andersdenkender, um Folter geht). Die Distanz bedeutet, daß in anderen politischen Fragen – es sind die allermeisten – unter Christen verschiedene Auffassungen bestehen können und müssen (z. B. wie am sichersten tatsächliche Abrüstung erreicht werden kann, mit welchen Mitteln am wirkungsvollsten die Arbeitslosigkeit bekämpft wird, ob und wie ein Flughafen ausgebaut werden soll). Es wäre ein Verstoß gegen die „Freiheit eines Christenmenschen“ und gegen die christliche Brüderlichkeit, wenn man in solchen Fragen eine politische Position als einzig christlich vertretbare erklären würde. Deshalb versteht es sich auch von selbst, daß die Berufung der Union auf das „C“ kein Alleinvertretungsanspruch auf das Christliche ist.

Wenn sich Politik in Beziehung setzt zum christlichen Glauben, hat dies Folgen für das Selbstverständnis der Politik und des einzelnen Politikers – oder es sollte jedenfalls so sein, und man wünscht als Betroffener, daß es für die eigene Person und Partei zumindest in Ansätzen so sei. Wer sich als Politiker auf den christlichen Glauben bezieht, weiß um die Grenzen der Politik überhaupt und um die Begrenztheit des eigenen politischen Handelns. Dadurch wird die Politik davor bewahrt, sich als höchsten Wert und als letzten Maßstab mißzuverstehen. Politische Unfehlbarkeits- und Absolutheitsansprüche verlieren ihren falschen Zauber. Eine solche Grundhaltung läßt die Verwechslung von politischer Auseinandersetzung mit rufmörderischer Feindseligkeit nicht zu. Sie macht offen für menschliche Gemeinsamkeit trotz politischer Gegnerschaft, die etwas völlig anderes sein sollte als Feindschaft. Die Bindung im Glauben begrenzt aber Politik nicht nur, sondern sie eröffnet Horizonte: den Horizont einer fundamentalen Hoffnung, die Resignation und Versagen überwinden kann, und den Horizont von Handlungsorientierungen angesichts scheinbar – aber eben nur scheinbar – grenzenloser Möglichkeiten des Menschen.

Gerade weil wir heute so unendlich viel können, ist die uralte Menschheitsfrage, ob wir alles tun dürfen, was wir können, aktueller denn je. Aus dem technischen Können allein ergeben sich die Maßstäbe nicht, die wir brauchen, wenn wir auch in Zukunft menschlich leben und zusammenleben wollen. Die ethische Besinnung muß aus anderen Quellen schöpfen, und die wichtigste von ihnen ist und bleibt trotz aller Errungenschaften von Humanismus und Aufklärung – für mich jedenfalls – die jüdisch-christliche Glaubensüberlieferung.

Aus diesem Grund ist es für mich selbstverständlich, daß der offene und kritische Gedankenaustausch mit den Vertretern von Kirche und Theologie zum „Geschäft“ eines Politikers gehört, der verantwortlich handeln will. Für meine Person habe ich es zur Übung gemacht, daß es kontinuierliche Gespräche zwischen den Kirchenleitungen der evangelischen und katholischen Kirchen in unserem Land und meiner Fraktion gibt. Dies ist freilich nur eine Ebene des Gesprächs, das sich zunächst „vor Ort“ im Kontakt mit den konkreten Gemeinden abspielen muß, in denen der einzelne Politiker zu Hause ist.

---

### **Predigt unter das Maß des Evangeliums stellen**

---

Weil ich von der Notwendigkeit der Beziehung zwischen Kirche und Politik überzeugt bin, habe ich auch überhaupt nichts gegen eine politische Predigt. Nur habe ich dann auch Erwartungen an eine solche Predigt. Sie kann – und muß sogar bisweilen – politische Themen aufgreifen, aber sie muß sie unter das Maß des Evangeliums stellen und nicht unter das der (partei-)politischen Überzeugung des Predigers. Sie sollte die Gewissen schärfen, aber nicht „manipulieren“. Wenn ich selbst – was ab und zu vorkommt – zu einer Predigt eingeladen werde, versuche ich jedenfalls, als Christ zu Christen zu sprechen und nicht als Vertreter einer Partei – auch und gerade wenn ich auf Politisches zu sprechen komme. Für eine besonders wichtige Form politischer Diakonie halte ich die Anstöße, die die EKD mit ihren Denkschriften gibt. Sie können sich weiter in die aktuelle Politik hineinbegeben als die Predigt, weil sie eben etwas anderes sind als gottesdienstliche Verkündigung. Sie können der Politik Wege eröffnen und Perspektiven aufzeigen, wie es die Ost-Denkschrift und vor kurzem die vielleicht manchmal zu wenig gewürdigte Denkschrift über das Verhältnis der Christen und der Kirche zu unserer Demokratie getan haben.

---

### **Diakonie als eine Säule sozialer Sicherheit**

---

Das Wirken der Kirchen in Politik und Gesellschaft hinein wird um so einflußreicher und heilsamer sein, je weniger sie sich tages- und parteipolitisch „instrumentalisieren“ lassen, je mehr sie sich um Sachgerechtigkeit bemühen und je mehr sie sich – vor allem – auf ihren unverwechselbaren Auftrag konzentrieren. Ein gutes Beispiel dafür sind sicher die sozialen Dienste der Kirche. Die kirchliche Diakonie ist eine der Säulen, auf denen unser System der sozialen Sicherheit ruht. Sie kann und muß sich dafür einsetzen, daß sie vom Staat angemessen gefördert wird, daß sie gut ausgestattet ist, daß sie funktionieren und konkurrieren kann. Aber sie muß auch Zeugnis dafür geben – und zwar beispielhaft für das gesamte Sozialwesen –, daß es in den sozialen Diensten mehr braucht als Geld und Organisation, wenn Menschen wirklich geholfen werden soll.

---

### **Zeugnisfunktion im Medienbereich**

---

In ähnlicher Weise, so meine ich, haben die Kirchen auch eine Zeugnisfunktion im Medienbereich. Sie sollen die Chancen der Medien – der herkömmlichen genauso wie der neuen – nutzen, um auf ihre Botschaft aufmerksam zu machen, ihre Position in gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen zu vertreten und den einen oder anderen Akzent im Umgang mit den Nachrichten und mit ihren Empfängern zu setzen, den andere so vielleicht nicht setzen. Und die Kirchen sollen und müssen sich dafür einsetzen, daß Kommunikationsfreiheit, Kommunikationsgerechtigkeit und Verantwortung die Medienwirklichkeit bestimmen.

Quelle: Mitteilungen 9/10/1986, Hrsg.: Evang. Oberkirchenrat, Blumenstr. 1, 7500 Karlsruhe

---

## **„Politischer Maulkorb“ für einen Pfarrer – Die Freiheit des Pastors zur Politik**

Burkhard Budde

In einer kleinen Stadt in Ostwestfalen hält ein Pastor eine Gedenk- und Mahnrede. Mutig nimmt er Stellung zum Thema „Ehrfurcht vor dem Leben“: „In unserem Land wird unablässig Krieg gegen das schutz- und wehrlose ungeborene Leben geführt.“ Schließlich äußert sich der Pastor zur Friedensfrage. Mit deutlichen Worten weist er darauf hin, daß „Duckmäusertum und Kriecherei nicht nur menschenunwür-

dig sind, sondern auch eine Gefährdung der Freiheit und des Friedens.“ Solche von Pastoren selten zu hörenden Sätze sind jedoch nichts für die Ohren des Bürgermeisters und des Stadtdirektors. Nach heftigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit wird der Superintendent eingeschaltet, um dem „politischen Engagement“ des standhaften Pfarrers „künftig für immer ein Ende zu setzen,“ wie es eine Lokalzeitung formuliert.

Besorgt fragen viele Gemeindeglieder und Bürger: Bekommt der Pastor jetzt einen politischen Maulkorb umgehängt? Darf er in Zukunft nur noch das sagen, was bestimmte Hörer hören wollen? Soll er sich darauf beschränken, „biblische Sprüche zu klopfen“, ohne sie auf ihre Bedeutsamkeit für die Gegenwart abzuklopfen und zu befragen? Gilt das in der Verfassung verbürgte Recht auf freie Meinungsäußerung nicht auch für einen Pastor, unab-

hängig davon wie man über seine Meinung denkt? Darüber hinaus beschäftigt die Gemüter die Frage: Der Pfarrer und die Parteipolitik – läßt sich das in Einklang bringen?

### Anwalt der biblischen Botschaft

Nach dem Pfarrerdienstgesetz der Ev. Kirche der Union hat der Pfarrer „bei allen Äußerungen zu Fragen des öffentlichen Lebens und bei politischer Betätigung zu bedenken, daß ihn sein Amt an die ganze Gemeinde weist und mit der gesamten Kirche verbindet und daß im Bewußtsein der Öffentlichkeit Person und Amt untrennbar sind.“ Damit ist eine bestimmte Richtungsangabe vorgegeben.

Daß er an die ganze Gemeinde gewiesen ist, muß ein Pfarrer besonders dann bedenken, wenn er auf die Kanzel steigt. „Dort oben“ hat er gewissermaßen ein Monopol, da es nicht üblich ist, ihm „von unten“ zu widersprechen oder anschließend eine Gegenrede zu halten. Der Gottesdienst ist nicht für politische Auseinandersetzungen oder politische Profilierungen geeignet. Wenn er zur politischen Spielwiese umfunktioniert wird und verkümmert, stimmen Gemeindeglieder mit ihren Füßen ab, indem sie einfach zu Hause bleiben, in eine andere Gemeinde abwandern oder sogar aus der Kirche austreten. Der Volkskirche ist Schaden zugefügt, da Gruppen ausgegrenzt werden, die Polarisierung innerhalb der Gemeinde zunimmt und sich Resignation und Gleichgültigkeit ausbreiten.

Wer einen öffentlichen Gottesdienst der Kirche leitet, hat kein (Partei-) Programm, keine Parole, keinen Trend, keinen Text, keine Theologie oder ein Gesetz zu predigen, sondern das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift überliefert ist und durch die Bekenntnisschriften ausgelegt wird. Das ist keine langweilige oder wirkungslose Angelegenheit im Blick auf die Tagesordnung der Welt. Im Gegenteil. Wenn Menschen im Sinne Jesu einen Blick in den Himmel gewagt haben, sich der Liebe Gottes gewiß geworden sind, wird ihr Blickfeld insge-



Pfarrer Burkhard Budde.

samt erweitert, der Handlungsspielraum vergrößert, und es werden neue Motivationen und Ziele geschaffen.

Eine schrift- und sachgemäße Predigt, die weder weltfremd noch weltlich ist, weder einen Bogen um die Nöte des Alltags macht noch eine politische Rede in christlicher Verpackung darstellt, weder als theologischer Vortrag noch als moralische Belehrung in Einzelfragen mißverstanden wird, hat ein unverwechselbares Profil, ist eine glaubwürdige Einladung an alle, der Stimme Christi persönlich Gehör zu schenken und die befreiende und versöhnende Kraft Gottes in allem Denken, Verhalten und Handeln zu erfahren. Eine sogenannte Predigt des „reinen Evangeliums“ und des „zeitlosen Wortes Gottes“ kann lieblos, orientierungs- und wirkungslos sein; sie ist manchmal auch nur ein Alibi für ängstliche Bequemlichkeit. Eine sogenannte politische oder prophetische Predigt – auf der anderen Seite – kann eine Mißachtung der Mündigkeit des Hörers darstellen, besonders wenn biblische Aussagen zur Resonanzverstärkung politischer Parolen oder als politische Gebrauchsanweisungen mißbraucht werden.

Jenseits dieser „Alternative“ gibt es die froh- und neumachende Predigt vom Reich Gottes, das zwar nicht von dieser Welt ist, aber im Glauben an Jesus Christus in die-

ser Welt beginnt und für diese Welt von eminent politischer Bedeutung ist. Dieser Prediger wird vom Evangelium her Wege der Befreiung und Versöhnung aufzeigen, ohne Konflikte und Spannungen zu verschweigen oder zu verharmlosen. Er macht als Anwalt der biblischen Botschaft und zugleich als Anwalt seiner Hörer Mut, die persönliche Konkretion der guten Nachricht von der Liebe Gottes in Verantwortung vor Gott in jeder Situation neu zu suchen und zu wagen.

### Brücken schlagen

Es ist jedoch ein Unterschied, ob ein Pastor auf der Kanzel steht oder in der Gemeinde – in einer Versammlung oder in einem Kreis zum Beispiel – seine gesellschaftspolitische Verantwortung wahrnimmt. Mündige Gemeindeglieder können auch Auskunft über die persönlichen „Konkretionen“ eines Pastors erwarten, weil nur so ein offenes und ehrliches Gespräch im Horizont des christlichen Glaubens möglich wird. Konfliktscheue Beschwichtigter und politische Neutren sind für den Meinungsbildungsprozeß hinderlich. Allerdings ist entscheidend, wie ein kontroverses Gespräch

## Aus dem Inhalt

Das „C“ im Spannungsfeld von Glaube, Kirche und Politik	1
Politischer Maulkorb für einen Pfarrer – Die Freiheit des Pastors zur Politik	3
Diakonie aus biblischer Sicht	6
Mehr Mut, das Evangelium zu bezeugen	8
Namen und Nachrichten	9
Buchbesprechung	10
Leserbrief	11
Aus unserer Arbeit	12
Termine	16

*Prüfe gelegentlich deine Adjektiva nach.*

Christian Morgenstern

und mit welcher Zielsetzung es geführt wird. Vor allem der Pastor, der an die ganze Gemeinde – und nicht nur an den Kreis der politisch Gleichgesinnten, die vielleicht sogar schädliche Reinheits- und Absolutheitsansprüche haben – gewiesen ist, sollte weniger mit erhobenem Zeigefinger mahnen, weniger propagieren als biblisch und sachlich argumentieren und damit einen gemeinsamen Weg mit dem Ziel der Übereinstimmungen im Wesentlichen ebnen.

Wie ein guter Bürgermeister, der trotz seines Parteibuchs für alle Bürger da ist, kann ein Pastor in der Gemeinde trotz seiner bekannten politischen Meinung zur Überwindung von Fronten und zur Kommunikationsfähigkeit und -bereitschaft beitragen, wenn er sich mit Andersdenkenden ehrlich, offen und vorurteilsfrei bemüht, einen gemeinsamen Nenner oder Kompromiß zu finden. Wer Brücken schlagen will, darf nicht ins Schwimmen geraten, sondern muß auch eine begründete Position haben, die er allerdings nie absolut setzen wird, da sich Fanatismus nicht mit dem Evangelium vereinbaren läßt.

Bei all seinem Reden und Tun in der Gemeinde soll ein Pastor bedenken, daß er auch eine Mitverantwortung für die Einheit der Kirche trägt und kein privates, sondern ein kirchliches Amt hat. Eine Teilnahme an Demonstrationen im Talar verbietet sich deshalb von selbst. Eine Gemeindeleitung – und zu ihr gehört der Pastor mit nur einer Stimme –, die weder eine religiöse noch eine einseitig politische Sonderwelt anstrebt, die vielmehr politische und weltanschauliche Gegensätze in Toleranz und Fairneß aushält, ohne ständig Vielfalt mit Chaos oder Willkür zu verwechseln und nicht vergißt, daß das Evangelium auch zu Trennungen von religiösem oder politischem Sektierertum führt, hat eine kraftvolle gesellschaftspolitische Ausstrahlung. Wo unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Auffassungen „unter dem Evangelium“ zusammenbleiben, da ist Gemeinde Jesu Christi, die Stadt auf dem Berge, die nicht übersehen wird.

## Gottesdienst im Alltag der Politik

Der Ständige Theologische Ausschuß der Ev. Kirche von Westfalen hat sich in seiner Ausarbeitung zum „Berufsbild des Pfarrers“ auch zur Frage der Parteizugehörigkeit eines Pfarrers Gedanken gemacht. Wörtlich heißt es: „Wenn ein Pfarrer selber sich einer Partei anschließt, sollte er bestimmte Spielregeln beachten: die Wahrnehmung eines politischen Mandats darf nicht zu Lasten seiner Gemeindegarbeit gehen. In der parteipolitischen Auseinandersetzung sollte er um Sachlichkeit bemüht sein. Er wird in seiner Arbeit das Wohl des Bürgers in den Vordergrund stellen und nicht die Interessen seiner Partei.“ Wird ein Pfarrer in eine gesetzge-

bende Körperschaft (Europäisches Parlament, Bundestag, Landtag) gewählt, so tritt er nach der kirchlichen Gesetzeslage in den Wartestand und verliert seine Pfarrstelle. Das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung unterliegt dann Einschränkungen.

In einer freiheitlichen und pluralen Demokratie mit den notwendigen demokratischen Volksparteien kann ein Pastor – nicht die Kirche insgesamt – auch eine parteipolitische Verantwortung übernehmen. Dann gelten selbstverständlich auch für einen Seelsorger die Spielregeln der Politik, da er kein privilegiertes Wissen mitbringt oder Sonderrechte hat. Umgekehrt muß ja ein Politiker die kirchlichen Spiel-

### Pfarrer genießen nach wie vor hohes Ansehen

Pfarrer genießen ein nach wie vor hohes Ansehen in der bundesdeutschen Bevölkerung. Dies ergab eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach über das Image von sechzehn „Spitzenberufen“. Danach rangieren Geistliche hinter den Ärzten auf Platz zwei. Die Befragten sollten vier oder fünf Berufe herausuchen, vor denen sie am meisten Achtung haben. Trotz leichtem Prestigeverlust liegt der Arzt im Berufssehen bei 76 Prozent der Befragten weiterhin klar vorn. Mit 46 Prozent folgen dann bereits

Pfarrer vor Hochschulprofessoren (39 Prozent), Rechtsanwälten (38 Prozent) und Diplomaten (32 Prozent). Damit konnten die kirchlichen Amtsträger in den letzten 20 Jahren bei nur leichten Schwankungen ihr hohes Ansehen halten. Den größten Prestigeverfall mußten die Lehrer einstecken. Im Vergleichszeitraum zu 1981 nahm etwa das Ansehen des Volksschullehrers bei den Befragten von 25 auf 17 Prozent ab. Es folgen auf den Plätzen 13 bis 16 Politiker (16 Prozent), Studienräte (15 Prozent) und Offiziere (neun Prozent). Die Buchhändler (acht Prozent) bilden das Schlußlicht.

FRAGE: „Hier sind einige Berufe aufgeschrieben. Könnten Sie bitte vier oder fünf davon herausuchen, die Sie am meisten schätzen, vor denen Sie am meisten Achtung haben?“ (Vorlage einer Liste)

	1966 %	1968 %	1971 %	1972 %	1975 %	1977 %	1978 %	1981 %	1985 %
Arzt	84	83	84	81	79	80	80	82	76
Pfarrer, Geistlicher	49	51	41	37	48	46	48	46	46
Hochschulprofessor	–	44	49	40	38	35	32	36	39
Rechtsanwalt	37	32	35	38	37	35	31	36	38
Botschafter, Diplomat	29	29	31	33	33	32	31	30	32
Atomphysiker	37	35	38	40	34	35	30	26	30
Ingenieur	41	26	30	29	28	27	24	31	25
Apotheker	34	28	31	29	28	29	26	30	23
Direktor in großer Firma	23	21	21	19	20	21	20	21	22
Unternehmer (bis 1972 Selbständ. Kaufmann)	21	13	17	18	22	20	20	21	21
Zeitungsredakteur	15	9	11	15	11	13	9	12	18*)
Volksschullehrer	37	31	31	25	26	25	25	25	17
Politiker	15	19	20	27	22	21	23	18	16
Studienrat	28	22	25	24	26	20	20	18	15
Offizier	12	9	11	13	16	16	13	16	9
Buchhändler	6	4	5	5	7	7	6	9	8
	468	456	480	473	475	462	438	457	435

\*) 1985 statt „Zeitungsredakteur“ nach „Fernsehjournalist“ gefragt.

regeln achten und beachten, wenn er sich im kirchlichen Raum engagiert. Weder darf ein Pastor eine bestimmte Politik verteufeln oder vergöttlichen noch sollte ein Politiker ein bestimmtes kirchliches Anliegen politisieren oder verweltlichen. Immer ist von der jeweiligen Sache und Mitte her zu argumentieren. Glaubenkämpfe haben in der Politik nichts zu suchen; politische Einmischungen im Blick auf die Kirche müssen zurückgewiesen werden. Wer das grundsätzlich bejaht, kann als Politiker, der sich in der Gemeinde einsetzt, ein großer

Gewinn für die Kirche sein. Umgekehrt gilt das auch für eine demokratische Partei, wenn sich ihr Pfarrer anschließen.

Der Pfarrer als Parteipolitiker gehört zu der Mehrheit der Laien eines Parlamentes, die sich in unterschiedliche Gebiete erst einmal und immer wieder neu einarbeiten müssen. Allerdings ist er darüber hinaus als Christ und Seelsorger herausgefordert, an die ethische Bindung der Politik zu erinnern, daran, daß alles Tun und Handeln vorläufig, brüchig und endlich ist,

daß Gewissen gebildet und geschärft werden müssen, daß Vergessenes, Übersehenes, Verschwiegenes eine neue Chance erhalten müssen.

Das Ja zur Weltlichkeit, zum Gottesdienst im Alltag der Politik wird ermöglicht durch den christlichen Glauben als erneuernde und gemeinschaftstiftende Kraft des Heiligen Geistes.

**Anmerkung:** Der Verfasser ist Pfarrer in Spenge im Kirchenkreis Herford.

---

## Diakonie aus biblischer Sicht

Adolf Grau

---

In der Diskussion um Inhalte der Diakonie wird es immer deutlicher: Was wir brauchen ist eine geistliche Erneuerung der Diakonie! Der folgende Beitrag will deshalb die Diakonie aus biblischer Sicht beleuchten. Geht es doch immer und zuerst um Gottes Wort als Grundlage für Kirche und Diakonie. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Väter des Pietismus, die folgerten: Lebendiger Glaube aufgrund der Bibel und der persönlichen Beziehung zu Jesus Christus. Aus einer solchen Einstellung erwuchs dann auch der Dienst am Nächsten.

In zwei Schritten will ich das Thema angehen, zunächst einmal aus der Sicht des Alten Testaments und zum anderen aus der des Neuen Testaments. Letzteres wird uns mehr beschäftigen.

---

### Lernet Gutes tun

---

Zum Alten Testament: Steht dort überhaupt etwas über diakonisches Handeln? Im weitesten Sinne ja, eigentlich sogar ganz konkret. Der bekannteste Abschnitt ist wohl 2. Mose 22, 20-26, dort heißt es u. a.: „Ihr sollt Witwen und Waisen nicht bedrücken. Wirst du sie bedrücken und werden sie zu mir schreien, so werde ich ihr Schreien erhören“ (Verse 21 + 22).

Eine ganz konkrete Anweisung zu helfen, besonders den Schwa-

chen. Finden sie nicht die nötige Hilfe, wird Gott sich ihrer selbst annehmen.

Einen weiteren Hinweis, sich der Schwachen anzunehmen, finden wir beim Propheten Jesaja. Da heißt es in Kap. 1, Vers 17: „Lernet Gutes tun, trachtet nach Recht, helfet den Unterdrückten, schaffet den Waisen Recht, führet der Witwen Sache!“ Zwei Dinge scheinen mir an diesem Prophetenwort sehr wesentlich zu sein: erstens: „Lernet Gutes tun“ und zweitens: „Trachtet nach Recht“.

Zum ersten: „Lernet Gutes tun“ heißt doch wohl nichts anderes, als daß wir von Natur aus Schwierigkeiten haben, Gutes zu tun. Jeder ist sich zunächst einmal selbst der Nächste. Wenn der Prophet Jesaja sagt: „Lernet Gutes tun“, dann geht er davon aus, daß wir lernfähig sind. Die Frage in diesem Zusammenhang: Wo sollen wir lernen und bei wem sollen wir lernen? Die Antwort kann aus christlicher Sicht nur lauten: im Worte Gottes und bei Jesus!

Zum zweiten: „Trachtet nach Recht!“ Darauf legt Gott besonderen Wert. Er liebt Recht und Gerechtigkeit. Alles Unrecht und alle Ungerechtigkeit sind ihm ein Dorn im Auge.

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich: Im Alten Testament gibt es klare Anweisungen, füreinander da zu sein, ganz besonders da zu sein für die Schwachen, für diejenigen, die sich schlecht oder gar nicht helfen können: „Waisen und Witwen!“ Daß dies nicht immer so gewesen ist, dafür gibt es genug Beispiele im Alten Testament. Ich denke besonders an Amos, der in deutlicher Schärfe die Rücksichtslosigkeit der Reichen und damit der Stärkeren gegenüber den Armen und Schwachen geißelt. Immer hat Gott insbesondere die im Auge, die auf der Schattenseite des Lebens stehen. Über diese Menschen hält er seine schützende Hand. In Psalm 146 kommt dies so klar zum Ausdruck: „Der Herr behütet die Fremdlinge und erhält Waisen und Witwen“ (Ps. 146, 9).

In der fünften Strophe des Liedes „Lobe den Herren, o meine Seele . . .“ singt der Liederdichter Johann Daniel Herrnschmidt:

*„Zeigen sich welche, die Unrecht leiden, er ist's, der ihnen Recht verschafft; Hungrigen will er zur Speis bescheiden, was ihnen dient zur Lebenskraft; die hart Gebundenen macht er frei, und seine Gnad ist mancherlei.“*

---

## Der Mensch lebt nicht vom Brot allein

---

Ich komme nun zu den Aussagen des Neuen Testaments. Da gibt es eine ganze Reihe von Anweisungen, um den Schwachen zu helfen. Die bekannteste Stelle ist wohl im Matthäus-Evangelium zu finden. Jesus sagt dort in Kap. 25, 40: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir angetan.“ Das Gleichnis vom barmherzigen Samariter im Lukas-Evangelium Kap. 10, 25 - 37 gehört ebenfalls hierher und ist ebenso bekannt. Zwei weitere Stellen möchte ich noch nennen: Das Doppelgebot der Liebe im Matthäus-Evangelium Kap. 22, 37 - 40 und die Aussage Jesu im Lukas-Evangelium Kap. 6, 36: „Seid barmherzig, wie auch euer Vater barmherzig ist.“

An diesen Aussagen gibt es nichts zu rütteln und zu deuteln. Sie sind klare und eindeutige Anweisungen für die Gemeinde, dem Nächsten, der der Hilfe bedarf, zu helfen. Dabei spielt es keine Rolle, was der Betreffende für einen Stand, Religion oder Weltanschauung hat.

In diesem Zusammenhang muß aber auch gesagt werden, daß die Liebe und Fürsorge der Gemeinde besonders denen gilt, die ihr im Glauben verbunden sind. Auch wenn manche es nicht so gern hören, Paulus sagt es sehr deutlich: „Lasset uns Gutes tun an jedermann, allermeist aber an des Glaubens Genossen.“ (Gal. 6, 10)

Diakonie ist kein Selbstzweck, sondern geschieht immer um der Nächsten willen, d. h. um der Menschen willen, die unserer Hilfe bedürfen. Jesus hat das auch so gesehen und danach gehandelt. Das Entscheidende aber bei ihm war, daß er immer den ganzen Menschen vor Augen hatte. Äußerliche und innerliche Not hat er im Zusammenhang gesehen. Das ist ja die Not der Diakonie in unserer Zeit, daß zwar äußerlich gut geholfen, der innere Mensch aber weiterhin nicht berücksichtigt wird. Nicht die moderne Einrichtung macht die Diakonie aus – ob Altenzentrum, Behinderten-Werkstatt, Kranken-

haus oder Kindergarten – sondern ob den dort Zusammenkommenen, jung oder alt, das Evangelium von Jesus Christus bezeugt wird. Jesus sagt selbst: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von einem jeglichen Wort, das durch den Mund Gottes geht.“ (Matth. 4, 4). Da kann die Verpflegung in einer Einrichtung der Diakonie noch so gut sein, sie macht aber nicht den Inhalt dieser Einrichtung aus. Diakonie ist mehr, sie umfaßt ganzheitlich – leiblich, geistig und geistlich – die Versorgung des hilfsbedürftigen und kranken Menschen! Halten wir deshalb fest: Diakonie hat immer den ganzen Menschen vor Augen. Sie darf die Sorge um den Leib nicht getrennt von der Sorge um die Seele betreiben.

---

## Hören auf Gottes Wort

---

Nach dem Neuen Testament gibt es keine vom Glauben und vom Wortzeugnis der Gemeinde gelöste Diakonie. Grundlage aller Arbeit sind die Aussagen der Heiligen Schrift und ist nicht die Tagesordnung der Welt. Wir betreiben keine Sozialarbeit, so wichtig diese Arbeit auch sein mag. Diakonische Arbeit ist etwas anderes. Diakonie setzt voraus, daß es Jünger Jesu sind, die in diesem Dienst tätig werden, Menschen, die von Jesus ergriffen worden sind, die darum wissen, Jesus selbst ist die Mitte allen diakonischen Handelns. Wo der Bezug zu ihm verloren geht, geht auch der Bezug zum diakonischen Handeln verloren. Der glaubende Mensch weiß: „Ohne mich – Jesus – könnt ihr nichts tun“ (Joh. 15, 5b).

Das Hören auf Gottes Wort, das gemeinsame Singen und Beten sind unaufgebbare Bestandteile aller diakonischen Arbeit. Sie dienen nicht als Alibi-Funktion, sondern bilden gewissermaßen das Herzstück einer diakonischen Einrichtung. Wenn ich vorhin sagte, nicht die Tagesordnung der Welt bestimmt die Arbeit der Diakonie, dann heißt das, wir müssen uns fragen, inwieweit wir nicht durch Annahme öffentlicher Gelder uns selbst die Hände gebunden haben.

Der Apostel Jakobus mahnt uns

sehr eindringlich – und das gilt nicht nur der Diakonie – „Wisset ihr nicht, daß der Welt Freundschaft Gottes Feindschaft ist? Wer der Welt Freund sein will, der wird Gottes Feind sein“ (Jak. 4, 4). Damit ist nichts gegen den Staat und seine Aufgaben gesagt, aber es muß eben immer wieder deutlich gemacht werden, daß die Arbeit der Diakonie nicht geschieht, um Anerkennung zu erlangen oder daß man nach dem Erfolg schießt. Deshalb gilt: Diakonie braucht nicht das Lob und die Anerkennung „dieser Welt“. Jesus selbst mahnt: „Weh euch, wenn euch jedermann wohl redet!“ (Luk. 6, 26a)

Alles muß darauf ausgerichtet sein, den Willen Gottes zu tun. Niemand spricht den in der Diakonie Tätigen diesen Willen ab. Dennoch muß immer wieder daran erinnert werden, daß diakonisches Handeln im Einklang stehen muß mit dem Willen Gottes. Dieser lautet: „Gott will, daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen“ (1. Tim. 2, 4). Dazu hat er seinen Sohn Jesus Christus in die Welt gesandt. „Er ist nicht gekommen, daß er sich dienen lasse, sondern daß er diene und gebe sein Leben zu einer Erlösung für viele“ (Matth. 20, 28). Jesus hat in den Begegnungen mit Menschen, über die uns das Neue Testament berichtet, so gehandelt. Er dient den Menschen. Deshalb gilt, bevor Menschen in die Diakonie hineingehen, müssen sie sich selbst von Jesus dienen lassen, d. h. Jesus muß der Herr ihres Lebens werden. Sie müssen sich für ihn entscheiden. Nur derjenige, der das Angebot Jesu, ihm zu dienen, annimmt, wird dann auch fähig sein, anderen zu dienen.

Dienen hat nichts mit Unterwürfigkeit zu tun, sondern im Dienst am schwachen Menschen wird Jesus Christus bezeugt. Wir müssen wieder dahin kommen, daß „dienen“ etwas Selbstverständliches wird im Raum der Kirche und Diakonie. Jeder, der im Bereich der Diakonie tätig ist, soll gerechten Lohn erhalten, damit wir uns nicht mißverstehen. Aber die Devise darf nicht lauten: Verdienen statt dienen. Für viele Menschen wird das Gesagte schwer zu verstehen sein, beson-

ders für diejenigen, die die Diakonie nur als Arbeitgeber betrachten, aber um der Wahrheit willen muß auf diese Dinge aufmerksam gemacht werden.

---

### Diakonie ist Mission

---

Die Arbeit der Diakonie steht und fällt mit der Besinnung auf die Heilige Schrift. Darum muß es ein Zurück geben – ein Zurück zu der Quelle des Lebens, eine Neubesinnung auf den Auftrag Jesu: „Gehet hin in alle Welt und machet zu Jüngern alle Völker“ (Matth. 28, 20). Dieser Auftrag schließt diakonisches Handeln mit ein. Wer hier das eine (Mission) gegen das andere (Diakonie) ausspielen möchte, hat diesen Auftrag nicht begriffen. Beides gehört zusammen. Das Verbindende daran ist Jesus selbst. Von ihm können wir lernen, füreinander da zu sein, einander zu vergeben und einander anzunehmen. Von seiner vergebenden Kraft leben wir. Am Kreuz auf Golgatha hat er uns den größten Dienst erwiesen. Er hat durch seinen Kreuzestod die Sünden der ganzen Welt getragen. In Demut ist er diesen Weg gegangen, um den Willen des Vaters zu erfüllen. „Wo ist solch ein Herr zu finden, der, was Jesus tat, mir tut: mich erkaufte von Tod und Sünden mit dem eignen teuren Blut“. Lange können wir suchen, da ist niemand zu finden, der ihm gleich wäre.

Durch das, was Jesus getan hat, ist er zum Diakon geworden an einer verlorenen Menschheit. Aber Gott will nicht, daß jemand verloren gehe. Deshalb gilt für uns alle, die wir in der Diakonie tätig sind, Gottes Heilshandeln in Jesus Christus zu bezeugen. Diakonie ist stille, aber nicht wortlose Mission. Deshalb sollte jeder in der Diakonie Tätige ein Zeuge Jesu sein. Da, wo ein Mensch ernst macht mit seinem Glauben, kommt es zwangsläufig zu Taten der Liebe.

Paulus sieht das auch so. Er spricht im Galater-Brief vom „Glauben, der durch die Liebe tätig ist“ (Gal. 5, 6). Er setzt das voraus. Wo ein Mensch glaubt, praktiziert er Nächstenliebe. Wenn dies nicht geschieht, ist etwas mit seinem Glauben nicht in Ordnung.

All' das, was ich bisher gesagt habe, gilt Christen, also Menschen, die an Jesus glauben. Von Nichtchristen können wir nicht erwarten, daß sie sich an das halten, was in der Bibel steht. Deshalb sollten wir uns fragen, inwieweit wir selbst versagt haben, wo es gilt, Christus zu bezeugen in Wort und Tat.

Jakobus mahnt uns sehr eindringlich: „Wer nun weiß, Gutes zu tun und tut's nicht, dem ist es Sünde“ (Jak. 4, 17). Eine Erneuerung kann nur von uns ausgehen, wenn wir bereit sind, uns unter die Hand Gottes zu beugen, Schuld zu

bekennen, aber gleichzeitig auch darum wissen, daß dieser Herr nicht nur straft, sondern auch wieder aufrichtet. Gott will ja nicht den Tod des Sünders, sondern daß er lebe. Ein Leben in der Verantwortung vor ihm zu führen, schließt ein, für den Nächsten da zu sein.

Dietrich Bonhoeffer hat einmal gesagt: „Geistliche Liebe erkennt das wahre Bild des anderen von Jesus Christus her, es ist das Bild, das Jesus Christus geprägt hat und prägen will. Darum wird geistliche Liebe sich darin bewähren, daß sie den anderen in allem, was sie spricht und tut, Christus befiehlt. Sie weiß, daß der nächste Weg zum anderen immer durch das Gebet zu Christus führt und daß die Liebe zum anderen ganz an die Wahrheit in Christus gebunden ist.“

In der Tat, die gegenwärtige Situation ist in Sonderheit ein geistliches Problem. Mit Strukturveränderungen und Kosmetik ist ihm nicht beizukommen, sondern nur, indem wir die ganze Angelegenheit vor Gott bringen, IHN im Gebet anrufen und darum bitten: Herr, erneure mich, erneure uns und wirke durch deinen Heiligen Geist eine Erneuerung in allen Bereichen der Diakonie.

---

**Anmerkung:** Adolf Grau ist Pfarrer in Erkenschwick und Leiter des diakonischen Werkes in Oer-Erkenschwick.

---

## „Mehr Mut, das Evangelium zu bezeugen“

K. Rüdiger Durth

---

Am 21. Januar 1987 wurde Altbischof Hermann Kunst 80 Jahre alt. Dem folgenden Bericht liegt ein Gespräch zugrunde, das K. Rüdiger Durth, Parlamentskorrespondent der Bonner Rundschau, wenige Tage zuvor mit dem ehemaligen Militärbischof führte.

„Sind Sie schon einmal an der Kirche verzweifelt?“ Bischof Hermann Kunst, dem man seine 80 Jahre nicht anmerkt, schenkt sich in seinem Büro in der Bonner Rheinallee eine weitere Tasse

pechschwarzen Kaffee ein: „Keine Sekunde.“ Er kann nicht verstehen, daß es Theologen gibt, die an der Kirche leiden und darüber auch noch Bücher schreiben: „Meine Freude an der Kirche war stets größer als das Leiden.“

„Was wünschen Sie sich von der Kirche?“ Der erste, von 1949 bis 1977 amtierende Bevollmächtigte des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung und erste evan-

gelische Militärbischof bei der Bundeswehr (1956 – 1972) bringt die Antwort auf einen kurzen Nenner: „Mehr Mut, das Evangelium zu bezeugen.“ Wo liegt das Problem? Vielleicht da, sagt er, daß wir „viel zu groß und viel zu klein zugleich vom Menschen denken“: Zu groß, weil wir ihm alles zutrauen, zu klein, weil wir vergessen, daß wir von Gott geliebte Menschen sind. Der Altbischof, der als Botschafter der Kirche in der Bundeshauptstadt



Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Minister Albrecht Martin, gratuliert Bischof Hermann Kunst.

eine Institution war und immer noch ist, macht keinen Hehl daraus, daß er „im Grunde des Herzens ein Fundamentalist“ ist. Noch lieber sagt er: „Ich bin ein lutherischer Pietist aus dem Ravensberger Land.“ Bereut hat er es bis auf den heutigen Tag nicht, viele Angebote abgelehnt zu haben – sich als Bischof wählen zu lassen, ein Ministeramt zu übernehmen. „Pastor zu sein, das hat mir immer gereicht.“ Im Bonner Regierungsviertel ist das freilich nicht ganz leicht, zumal es für sein Amt kein Vorbild gab.

Gefreut hat es ihn, daß die Politiker in ihm immer einen Pastor gesehen und ihm vertraut haben. Hat er nicht doch Politik betrieben? Er hat in Bonn die Interessen der Kir-

che vertreten und gegenüber der Kirche um Verständnis für den Staat geworben. Aber auch erheblichen Einfluß genommen – etwa auf die Sozialpolitik. Zusammen mit anderen Kirchenmännern wie Eugen Gerstenmaier, Volkmar Hertrich und Heinrich Held wollte er nach dem Zweiten Weltkrieg beim Aufbau eines „freien, sozialen Rechtsstaates“ mithelfen: „Wir waren Christen und Patrioten.“

„Man kann mit der Bergpredigt keine Politik machen. Man kann aber auch keine Politik ohne die Bergpredigt machen.“ Für Bischof Hermann Kunst muß man diesen Gegensatz aushalten. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik wollte man „so wenig Staat wie

möglich und so viel Staat wie nötig“. Die Demokratie hatte in Bischof Hermann Kunst stets einen überzeugten Verfechter. Wird sie Bestand haben? Davon ist er überzeugt, weil der Konsens stark genug sei für den Staat. Was wünscht er sich im Blick auf die kommenden Bonner Jahre? Zunächst einmal müsse darauf geachtet werden, daß einige negative Entwicklungen „nicht gefährlich werden“. Dazu zählt er das hohe Anspruchsdenken, das kaum noch Verzicht kennt, das nicht vorhandene Nationalgefühl, die verbreitete Aussteiger-Mentalität.

Sorge äußert der ehemalige Militärbischof über die Friedensdiskussion innerhalb der evangelischen Kirche. Die „Heidelberger Thesen“ von 1959 und ihre Formel vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen“ haben seiner Meinung nach nichts von ihrer Bedeutung und Aktualität eingebüßt. Übrigens: Einige einflußreiche Theologen hatten sich 1959 in seinem damaligen Dienstsitz in der Oppeldorfer Allee 96 eingefunden, um die ethischen Fragen zu diskutieren, die sich durch die Atomwaffen aufdrängten. Carl Friedrich von Weizsäcker bat um ein Stück Brot und eine Flasche Bier. Dann setzte er sich hin und entwarf ein Papier, das als „Heidelberger Thesen“ berühmt wurde. Das Original befindet sich im Besitz von Hermann Kunst.

Quelle: idea Nr. 4/87

## Namen und Nachrichten

### Henning Schwarz kritisiert Kernkraft-Erklärung

Der stellvertretende Ministerpräsident von Schleswig Holstein, **Henning Schwarz**, hat die Sondersynode der Nordelbischen Kirche kritisiert, die Ende November in Kiel eine Entschließung zum Ausstieg aus der Kernenergie „entgegengenommen“ hatte. Schwarz, der auch Landesvorsitzender des EAK ist, meint, die Synode habe sich damit „in die Arena des politischen Meinungskampfes“ begeben.

Der Politiker, der dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages angehört, kritisiert, daß die Synode

die Bürger „mit dem schweren Vorwurf überzogen“ habe, einen „schöpfungsfeindlichen Lebensstil zu pflegen“. Nach seiner Auffassung urteilt die Entschließung in diesem Punkt „kenntnislos und unzutreffend“.

### Dokumentation über die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Bundesinnenminister **Dr. Friedrich Zimmermann** hat dem Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Werner Nachmann**, eine Dokumen-

tation über die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland übergeben. Die Übergabe fand in der Synagoge von Augsburg statt.

Die Dokumentation enthält die Namen und Daten von rund 128.000 Juden aus dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland und aus ganz Berlin, die zwischen 1933 und 1945 den Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes zum Opfer gefallen sind.

Die Initiative zu dieser Dokumentation ging 1961 von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem aus. Sie wurde aufgegriffen vom Bundesarchiv, das in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Suchdienst in Arolsen in 25jähriger Forschungstätigkeit die Daten zusammengetragen hat.

Die lange Bearbeitungszeit erklärt sich aus dem Verlust der eigentlichen Quellen, der es erforderlich machte, aus einer Vielzahl einander überschneidender Ersatz- und Hilfsquellen Erkenntnisse über Einzelschicksale zu gewinnen.

---

### **Kirchenaustritte helfen nicht gegen eine Politisierung**

Gegen Kirchenaustritte wegen einer Politisierung im Bereich der evangelischen Kirche hat sich der frühere Bundestagspräsident **Dr. Kai-Uwe von Hassel** ausgesprochen. Auf dem Kieler Neujahrstreffen der Hermann Ehlers Stiftung sagte er, so bedrückend die Lage in den evangelischen Kirchen für manchen sein möge, der Austritt sei seiner Meinung nach kein Weg, einer „unberechtigten politischen Betätigung“ Herr zu werden. Von Hassel, langjähriger stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK, ist Gründer und Präsident der 1968 gegründeten Stiftung, die nach dem früheren Bundestagspräsidenten und Oberkirchenrat Hermann Ehlers (1904–1954) benannt ist.

---

### **Neue Phase in den Ost-West-Beziehungen**

Der Sicherheitspolitische Sprecher der CDU/CSU im Europäischen Parlament, **Dr. Hans-Gert Pöttering**, hält es für möglich, daß wir am Anfang einer neuen Phase der Ost-West-Beziehungen stehen. Im Deutschland Union Dienst schreibt er u. a.:

„Die inneren Vorgänge in der Sowjetunion geben zu begrenztem Optimismus Anlaß und müssen vom Westen aufmerksam beobachtet werden. Denn der Westen ist poli-

tisch klug beraten, wenn er alle Chancen zur Entspannung nutzt. Im übrigen ist die Suche nach Wegen des friedlichen Ausgleichs für demokratische Staaten eine moralische Verpflichtung.

Freilich ist noch nicht abzusehen, welche Perspektiven der Reformkurs Gorbatschows für die Entspannungspolitik bieten wird. Den großen Worten müssen Taten folgen. Wichtig ist aber, daß der Westen für mögliche Entwicklungen vorbereitet ist. In diesem Zusammenhang kommt der Einheit des atlantischen Bündnisses eine zentrale Bedeutung zu. Belehrungen über den Atlantik hinweg, wie sie jüngst von Richard Perle und Kenneth Adelman zu hören waren, sind dabei wenig hilfreich. Sie wären aber vermeidbar gewesen, würden die Europäer mit einer Stimme sprechen. Daher ist es eine vordringliche Aufgabe, daß eine gemeinsame Position gefunden und vertreten wird: Nur ein geschlossen auftretendes Westeuropa kann seinen Einfluß im Bündnis gleichberechtigt zu den Vereinigten Staaten geltend machen. Und nur ein solider europäischer Bündnispartner kann an der Seite der USA seine Interessen im Ost-West-Dialog selbstbewußt wahren.“

---

### **Ein religiöser Präsident**

Präsident **Ronald Reagan** hat, wie vom Weißen Haus bestätigt wurde, iranischen Diplomaten im Oktober 1986 eine Bibel übergeben lassen. Reagan hatte sie als Zeichen seines guten Willens geschickt, weil er zuvor von der iranischen Regierung einen Koran erhalten habe.

Die Vereinigten Staaten spielen nach Ansicht des Präsidenten eine besondere Rolle im Gottesplan für die Welt. In vielen Reden weist Reagan auf die „göttliche Vorsehung“ hin, die die USA „hierhergesetzt hat als eine Zufluchtsstätte für alle diejenigen in der Welt, die sich danach sehnen, frei zu atmen“. In seiner „Ansprache zur Lage der Nation“ im Januar, bekräftigte Reagan erneut seine Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten mit „göttlicher Hilfe“ entstanden seien.

Für die meisten US-amerikanischen Wähler sind die religiösen Äußerungen ihres Präsidenten etwas ganz natürliches. Einer kürzlichen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup zufolge, sind die Amerikaner ein ausgesprochen religiöses Volk. Nach Angaben Gallups glauben 95 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an Gott, 84 Prozent halten die Bibel für das Wort Gottes und 40 Prozent nehmen die Bibel wörtlich. In Westeuropa dagegen glauben nach Aussagen von Meinungsforschern nur 78 Prozent an Gott.

---

## **Buchbesprechung**

**Die Thompson Studienbibel, Hänssler Verlag, Neuhausen-Stuttgart, 1986**

Die Thompson Studienbibel, so versprechen die Herausgeber der deutschen Ausgabe, eröffnet eine neue Dimension des Bibelstudiums, erschließt dem Bibelleser „den tiefen Reichtum des Wortes Gottes“.

Die erste Ausgabe dieser weltweit verbreiteten Bibel erschien 1908 und beruhte auf den Notizen, die sich Pastor Dr. Frank C. Thompson in seiner Bibelausgabe gemacht hatte. Mehr als vierzig Jahre arbeitete er zusammen mit seiner Frau an der Ausgabe einer Studienbibel, die den Lesern helfen sollte, einen Bibel-

text besser zu erschließen, biblische Aussagen zu erhellen.

Der 1986 erstmalig vom Hänssler-Verlag herausgegebenen deutschen Ausgabe liegt der revidierte Luthertext von 1984 zugrunde. Die grundlegende Idee Thompsons, den biblischen Text und hilf-

## »Lohnender Verzicht«



PLUSPUNKTE  
FÜR LOHNEN-  
DEN VERZICHT

In der Passionszeit, also vom 4. März bis 18. April 1987 führt das Blaue Kreuz in Deutschland eine Aktion mit dem Namen

### »Lohnender Verzicht«

durch. Es geht darum, freiwillig während sechs Wochen auf alkoholische Getränke oder andere Dinge zu verzichten, die eine Suchtgefährdung mit sich bringen können.

Wer sich an dieser Aktion beteiligt, hinterfragt nicht nur kritisch sein eigenes Konsumverhalten, sondern er setzt auch Zeichen der Hoffnung für 1,8 Millionen Alkoholranke durch eine bewußt alkoholfreie Lebensführung.

Deshalb – machen Sie einmal mit!

Blaues Kreuz in Deutschland e.V.  
Postfach 20 16 10  
Freiligrathstraße 27  
5600 Wuppertal 2  
Telefon 02 02 / 62 10 98

reiche Anmerkungen zu verbinden, wurde aufgegriffen und erweitert. So wurde für den umfangreichen Studienteil dieser Bibel ein über 100.000 Bibelstellen verknüpfendes sogenanntes „Kettensystem“ erarbeitet, das neben den 12.000 Parallelstellen des revidierten Luthertextes ein zweites Verweisstellensystem darstellt.

Was ist nun darunter zu verstehen? Anders als in einer Konkordanz erfolgt im Thompson-Kettensystem eine Zuordnung der Bibelstellen nach einem übergeordneten Hauptgedanken, der in unterschiedlichen Formulierungen biblischer Texte enthalten ist. Dabei lassen sich thematische Ketten, historische Ketten, biographische Ketten, Ketten zu Themen des praktischen Christseins heute und Ketten mit bibelkundlichem Hintergrund unterscheiden, insgesamt über 4.000 Ketten, auf die im Bibelteil neben dem Bibeltext in sehr übersichtlicher Weise durch Randvermerke verwiesen ist. Der Hauptschlüssel zu diesen Verweisen ist das mehr als 7.000 Stichwörter umfassende alphabetische Register.

Einige weitere herausragende Vorteile der Studienbibel lassen sich durch Zahlen verdeutlichen. Die Thompson Stu-

dienbibel bietet eine Konkordanz mit über 45.000 Bibelversen, eine sehr umfangreiche Evangeliensynopse, sie verweist auf 2.500 biblische Themen und Unterthemen, sie enthält in einem Farbbildteil 159 Aufnahmen biblischer Landschaften, 28 doppelseitig gezeichnete und 19 farbige Karten zu den verschiedenen Geschichtsepochen Israels, Kurzbiographien zu biblischen Persönlichkeiten von Abraham bis Zacharias und etwa eine Zusammenstellung von 55 biblischen Geschichten für Kinder. Die Studienbibel gibt eine Einführung (Autor, historischer Hintergrund, Inhalt, Thema) zu jedem der 66 biblischen Bücher, sie ermöglicht einen Überblick über die biblischen Zeitepochen und informiert über Grundsätze des Bibelstudiums.

Wer sich von der hier nur andeutungsweise angeführten Materialfülle, die die Studienbibel bietet, nicht „erschlagen“ läßt, wer sich wirklich ein wenig Zeit nimmt zum Kennenlernen gerade des Studienteils, der wird die vielseitigen Arbeitsmöglichkeiten mit der Thompson Studienbibel kennen und schätzen lernen.

Johannes Heide, Meckenheim

## Leserbrief

Zu dem Bericht über das Seminar des „Arbeitskreises Theologie“ im EAK in der Dezemberausgabe unserer EV erreichte uns u. a. der folgende Leserbrief:

Es gehört zur objektiven Betrachtungsweise der Grundprobleme unserer Tage, zu wissen, daß die Lehre vom historisch

bedingten Absterben der Religion essentieller Bestandteil der marxistisch-leninistischen Lehre ist. Mit Recht hat Hans-Christian Maaß in seinem in Nr. 1/87 der EV zitierten Diskussionsbeitrag „Christsein in der DDR“ darauf hingewiesen. Die Tatsache, daß die Religion nicht im Hau-Ruck-Verfahren zu beseitigen ist, erkennen die Väter der Oktoberrevolution bereits in den ersten Jahren nach diesem historischen Ereignis. Deshalb wurden, als im Gefolge des Krieges der Sozialismus sich bis an die Elbe voranschob, national bedingt, die verschiedenartigsten Formen des Pragmatismus gegenüber den Kirchen praktiziert. Am geschicktesten und erfolgreichsten operierte in dieser Hinsicht bisher die DDR, was nicht zuletzt durch das Bestehen zweier deutscher Staaten bedingt ist. Jeder, der sich intensiv mit dem Marxismus-Leninismus beschäftigt hat, weiß, daß die Neutralisierung und Instrumentalisierung der Kirchen als ein zu überquerendes Vorfeld betrachtet wird, das Mutterboden für das weitere Vorantreiben der Weltrevolution als ebenfalls essentieller Bestandteil des Marxismus-Leninismus bil-

### Weniger DDR-Kinder besuchen Christenlehre

Ostberlin (ap). – Immer weniger Schüler in der DDR nehmen am kirchlichen Unterricht teil. Aus einem Rechenschaftsbericht des evangelischen Konsistoriums der Kirchenprovinz Sachsen geht hervor, daß sich die Zahl der Christenlehrekinder zwischen 1973 und 1986 von 54704 auf 30645 verringert hat. In den letzten zwei Jahren sei jedoch wieder „ein leichtes Ansteigen der Zahl der Christenlehrekinder“ zu verzeichnen gewesen. Ursache für den Rückgang der Schülerzahlen sei eine Atmosphäre in den Schulen, die es den Eltern nicht opportun erscheinen lasse, die Kinder zur Christenlehre zu schicken.

### Unsere Autoren

Erwin Teufel, MdL  
Haus des Landtags  
7000 Stuttgart 1

Pfarrer  
Burkhard Budde  
Werburger Str. 6  
4905 Spenge

Pfarrer  
Adolf Grau  
Schillerstr. 1  
4353 Oer-Erkenschwick

K. Rüdiger Durth  
Frankenstr. 15  
5300 Bonn 2

## Im Wald

*Eine ungestörte Bewegung belebt  
diese Stille*

*Die Wipfel tanzen, wie ein Boot  
im Wind*

*Endlos und Frei*

*Frei?*

*Freigeunden*

*Die Tiere suchen ihr Brot zum täglichen  
Überleben*

*Eine Fliege im Spinnennetz*

*Kampf zweier Mächte mit Sinn!*

*Sammelmeisen kehren von ihrem Weg  
Durch ein Labyrinth*

*Aus unverwesbarem Material zurück  
Schweigen – in diesem Reigen*

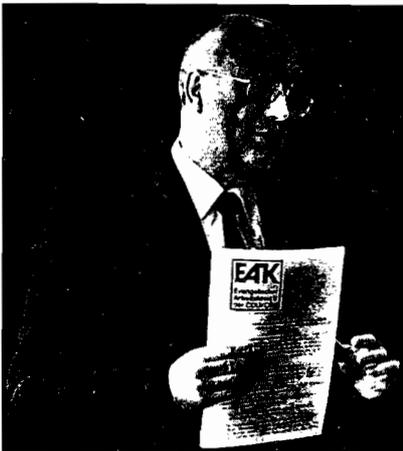
*Schüler aus Weimar, 17 Jahre*

det. Lenin hat 1920 gesagt: „Solange Kapitalismus und Sozialismus nebeneinander bestehen, können wir nicht im Frieden leben. Letzten Endes wird dieser oder jener siegen. Es gilt alle Gegner zu beseitigen, damit nur noch der rechtgläubige sozialistische Mensch übrig bleibt“. Dieser Ausspruch gehört nach wie vor zum Dogma. Eine Institution, die Kirche in o. a. Vorfeld zu instrumentalisieren, ist unter anderem die CFK (Christliche Friedenskonferenz) mit Sitz in Prag. Ihr Arbeitsfeld ist das gesamte sozialistische Lager. Die Arbeit der CFK wird in der DDR von einschlägigen politischen Kreisen gefördert. Sie wirkt folgerichtig auch in der Bundesrepublik, da diese, vom Boden des wissenschaftlichen Sozialismus aus betrachtet, ein wichtiges Ziel expandierender weltrevolutionärer Aktivitäten ist.

Die 1979 bzw. 1981 vom Generalsekretär des ZK der SED getroffenen Feststellungen, daß der Sozialismus um die Bundesrepublik „keinen Bogen machen werde“ und daß sich nach dem Sieg des Sozialismus in der Bundesrepublik „die Frage der Wiedervereinigung neu stellen werde“, beleuchten auf ihre Weise diesen Fragenkomplex. Erstaunlicherweise trifft man insbesondere unter den jungen Pfarrern hierorts kaum jemanden, dem die oben angeführten Zusammenhänge geläufig sind. Ich sehe es so: Theologie ist eine Wissenschaft. Zu einer Wissenschaft gehört, daß man sich mit den den Beruf berührenden wichtigsten Fragen seiner Zeit auch wissenschaftlich beschäftigt.

Kirchenrat Kurt Ganss, Kehl

## Aus unserer Arbeit



Der EAK-Bundesvorsitzende, Albrecht Martin, während der Pressekonferenz im Presseclub in Bonn.

### Wahleinmischung

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, **Albrecht Martin**, hat in einer Pressekonferenz in Bonn vor mehr als 40 Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen Kritik geübt an Anzeigen von Persönlichkeiten aus dem Bereich der evangelischen Kirche im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“, die sich gegen Bundeskanzler Helmut Kohl und die von ihm geführte Regierung wandten. In seinem Wahlauf Ruf für Johannes Rau hatte der frühere Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Wolfgang Huber u. a. geschrieben: „Die gegenwärtige Regierung hat sich darangemacht, die Zuordnung von Macht und Moral aufzuheben.“ Dem hielt der EAK-

Bundesvorsitzende entgegen, daß Johannes Rau kein politisches Moralmonopol zustehe.

Zu den „Wahleinmischungen“ nahm auch kürzlich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, **Ottfried Hennig**, Stellung. In Bielefeld sagte er u. a.: „Ich kann die EKD nur vor einer solchen Entwicklung warnen. Sie hat in den letzten Jahren zwei Millionen Mitglieder verloren. Dieser millionenfache Mitgliederchwund erfolgte ganz gewiß nicht in erster Linie um Steuern zu sparen. Viele, die in der Kirche keine Heimat mehr finden, haben diesen schweren Schritt auch deshalb getan, weil sie sich die politischen Einseitigkeiten mancher Kirchenführer nicht mehr gefallen lassen wollen.“ Für Ottfried Hennig ist ein klärendes Wort der EKD-Führung an der Zeit.

### Terminankündigung

## Lebendige Gemeinden in der DDR

Modell für die volksskirchliche Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland?

Tagung des „Arbeitskreises Theologie im EAK der CDU/CSU“  
für Studenten, Oberstufenschüler und alle, die Interesse haben

**26. – 28. Juni 1987**

Karl-Arnold-Bildungsstätte, Bonn-Bad Godesberg, Venner Str. 55, Telefon 0228/31 1091

Anmeldung und Informationen: Thomas Berke, F.-A.-Schmidt-Weg 33, 5300 Bonn 1, Telefon 0228/2391 31

oder bei der Karl-Arnold-Bildungsstätte (s. o.)

**Ab sofort**

---

## Verantwortung für die Dritte Welt

---

**Braunschweig.** „Die Steigerung der Wirksamkeit unserer Entwicklungshilfe ist wichtiger als die reine Steigerung unserer Mittel, die wir für diesen Zweck bereitstellen,“ sagte **Jürgen Warnke**, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, auf einer Veranstaltung des EAK-Braunschweig.

Es habe in den letzten Jahren eine Neuorientierung gegeben, meinte Warnke. Einerseits sei man ständig bemüht, die Vorbereitung und Planung von Entwicklungsprojekten noch zu verbessern. Andererseits erwarte man jedoch von den Empfängerländern, daß sie ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit, an politischer Vielfalt und an wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten gewähren.



Minister Dr. Jürgen Warnke im Gespräch mit dem Braunschweiger CDU-Bundestagsabgeordneten, Joachim Clemens und dem EAK-Kreisvorsitzenden, Dr. Werner Letz.

Wenn sich über eine längere Frist die Rahmenbedingungen im Empfängerland nicht verbesserten, so werde man versuchen, mit den Regierungen in Gesprächen die Vorstellungen deutlich zu machen und gegebenenfalls – jedoch keinesfalls kurzfristig – weniger Mittel dort einzusetzen.

Auf die hohe Staatsverschuldung in der Dritten Welt angesprochen, hob Warnke hervor, daß er nur dann Lösungsmöglichkeiten sehe, wenn Gläubiger und Schuldner gemeinsam daran arbeiteten. Einseitige Reduzierungen der Rückzahlungen bezeichnete er als „Sackgasse“.

---

## Den Stellenwert des Sonntags erneuern

---

**Übach-Palenberg.** Zu einer Gesprächsrunde zwischen Christdemokraten und evangelischen Geistlichen zum

Themenfeld „Kirche-Politik-Staat“ hatte der EAK-Vorsitzende **Lothar Schmitz** eingeladen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. **Karl Fell** hob hervor, daß die Kirche heutzutage unabhängig vom Staat sei, sie aber mit denselben Menschen umgehen müsse, die auch von staatlicher Politik betroffen seien. Diese Tatsache sei die Legitimation der Kirche, Position zu beziehen, wenn staatliches Handeln kirchliche Vorstellungen berühre.

**Pfarrer Fuchs** aus Erkelenz war der Ansicht, daß die Kirchen keine direkten Handlungsanweisungen geben wollten, ihnen aber vom Staat eine gewisse Toleranz entgegengebracht werden müsse. Im Vorfeld von Entscheidungen sollten die Kirchen stärker beteiligt werden.

Ausführlich wurde auch darüber gesprochen, wie dem Sonntag wieder die Rolle verschafft werden kann, die er aus christlicher Sicht haben sollte. Deutlich wurde, daß es nicht genüge, Veranstaltungen auf die gottesdienstfreie Zeit des Sonntags zu verlegen, sondern daß an der grundsätzlichen Einstellung der Bürger gearbeitet werden müsse.

---

## Viermal EAK-Pinneberg

---

Der EAK-Pinneberg war in den letzten Wochen des Jahres 1986 wieder besonders aktiv. Initiator und Motor aller Veranstaltungen ist der dortige Kreisvorsitzende, **Hans Bleckmann**.

---

## Christentum und Islam

---

„Das Vordringen des Islam nach Europa“ war das Thema einer Vortragsreihe mit Prof. **Dr. D. Dammann**, Pinneberg. Diese von der Volkshochschule Bönningstedt gemeinsam mit dem EAK im Kreis Pinneberg organisierte Veranstaltungsreihe stieß auf großes Interesse. Am Ende der drei Abende forderten die Teilnehmer eine Fortsetzung.

Daß der Islam in Europa in Zukunft eine noch stärkere Rolle spielen wird als bisher, davon muß man ausgehen. Türken und die Angehörigen der arabischen Länder werden die Zahl der Muslime bei uns ansteigen lassen. Insoweit ist es eine zwingende Herausforderung, sich mit den Besonderheiten des Islam zu befassen. Notwendig sind umfassende Kenntnisse, um Klischeevorstellungen entgegenzuwirken.

Prof. Damman gab zunächst einen umfassenden geschichtlichen Einblick in den Islam und stellte vor allem die Unterschiede zum Christentum heraus.

Am zweiten Abend stellte Prof. Dammann zusammenfassend fest, daß der Islam eine

- a) Stifterreligion ist, deren Stifter Mohammed sei
- b) eine Geschichtsreligion ist, mit einem bemerkenswerten Interesse an der Geschichte des Islam
- c) eine Buchreligion ist.

Zum letzten Punkt hob Prof. Dammann hervor, daß der Koran nicht aus der Religion entstanden ist, sondern von Schriftzeugen. Erstaunlich sei, was ein Muslim an Koranwissen in sich trägt. Sodann ging Prof. Dammann ausführlich auf die Besonderheiten des Korans und die einzelnen Suren-Abschnitte ein, um am dritten Abend sich aktuellen Fragen zuzuwenden. Dazu gehören das Beschneidungsproblem, die Mischehe, die starke Rolle des Heiligen Krieges im Islam und die Konsequenzen, die sich aus einer Gesetzesreligion ergeben. Das bedeutet, Geistliches und Weltliches sind miteinander verknüpft.

Als Folge dieser Unterschiede ist zwischen recht verstandenem Christentum und recht verstandenem Islam keine Einigung möglich. Prof. Dammann warnte alle, die Ausländern das kommunale Wahlrecht in der Bundesrepublik zuerkennen wollen. Eigentlich kann kein Muslim das Grundgesetz der Bundesrepublik bejahen und so fragt Dammann, wie man dann Muslimen das Wahlrecht einräumen könne.

Eine für Anfang 1987 vorgesehene Fortsetzung dieser Vortragsreihe wird sich mit der Vertiefung der aktuellen Fragen beschäftigen, die sich aus dem Assoziierungsabkommen der EG mit der Türkei ergeben.

---

## Politik aus christlicher Verantwortung

---

„Was ist christlich?“ Auf diese Frage suchte der EAK im Kreis Pinneberg an zwei Abenden eine Antwort zu finden. Gemessen an den ständig kritischen Anfragen an die CDU, was denn an ihrer Politik „christlich“ sei, schien es an der Zeit, diese Frage zur Diskussion zu stellen. Unter Teilnahme von zwei Theologen, einer Sozialstationsleiterin, einer Religionspädagogin und der Kreisvorsitzenden der CDU-Frauenvereinigung entwickelten sich zwei lebhaftes Gesprächsabende, die zum Nachdenken anregten.

Nach vielen Fragen stellte der EAK-Kreisvorsitzende zunächst einmal klar, daß es eine „christliche Politik“ nicht geben kann und daß keine Partei für sich beanspruchen kann, christliche Politik zu machen. Das „C“ im Namen der Union bedeute doch wohl, daß das Grundsatzzprogramm der CDU/CSU politische Ziele beschreibt, die auf das christliche Men-

schenbild gegründet sind. Insofern machen die Politiker der Union keine christliche Politik, wohl aber eine Politik aus „christlicher Verantwortung“.

Ein Theologe sah in dieser Deutung einen fundamentalen Unterschied zwischen CDU und SPD. Letztere richte die Politik sehr stark auf das Kollektiv aus, während die CDU stärker auf die Eigenverantwortung setze. Die CDU laufe allerdings Gefahr, sich ebenso wie die SPD für eine Politik der staatlichen Beglückung zu entscheiden. Mit sozialen Leistungen versuchen die CDU-Politiker das „C“ zu rechtfertigen und übersehen dabei, daß der Begriff christlich in Humanitätsduselei ausarte und mißbraucht werde. Man verwische dann das, was man vom christlichen Menschenbild erwarten müsse, man mache die Grenzen zum marxistischen Menschenbild fließend.

Das Leben allein nach christlichen Vorstellungen ist zu dünn, wenn nicht die Beziehung zum Glauben vorhanden ist.

---

### Gewissensfragen in der Politik

---

Im Dezember 1986 hatte der EAK im Kreis Pinneberg den EAK-Landesvorsitzenden, Minister **Dr. Henning Schwarz**, zu Gast.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Gesprächsabend stand das Thema „Gewissensfragen in der Politik – inwieweit fühlen wir uns in der heutigen politischen Kultur noch dem Christentum verpflichtet?“.

In einem kurz gehaltenen Einführungsreferat verwies Minister Schwarz darauf, daß vor Wahlterminen stets handfeste, finanziell bedeutsame Vorstellungen entworfen werden, die den Menschen in seiner Existenz berühren. Kritik und irrationale Beiträge rücken dabei in den Vordergrund.

Die tatsächlichen Probleme verdeutlichte der Minister an der Wehrdienstverweigerung, der Friedensfrage und der Kernenergie. An diesen Problembereichen entzündete sich dann auch eine teilweise sehr kontrovers geführte Diskussion.

Die Sondersynode der Nordelbischen Kirche zur Kernkraft habe – so Minister Schwarz – mit ihren Aussagen „die friedliche Nutzung der Kernenergie sei schöpfungsunfreundlich“ und „die Atomkraftwerke würden der Verantwortung gegenüber der Schöpfung nicht gerecht“ eine Haltung eingenommen, die nicht hingenommen werden kann. Damit habe die Synode Ratschläge erteilt und nicht der Seelsorge gedient. Das Kirchenparlament sei so wenige Wochen vor der Wahl in die Politik eingestiegen und habe jegliches Augenmaß für das verloren, was seine Aufgabe sei.

In diesem Zusammenhang stellte der EAK-Landesvorsitzende die Frage, ob man in den kirchlichen Gremien die mahnende Schrift des Club of Rom vergessen habe, die doch so nachdrücklich vor der Endlichkeit des Verbrauchs der Vorräte fossiler Brennstoffe gewarnt habe. Fragen müsse man auch, ob die Kernenergie-Gegner die Warnungen der Klimatologen vor nachhaltigen Veränderungen der Klimazonen nicht zur Kenntnis nehmen wollten. Minister Schwarz attestierte dem Nordelbischen Kirchenparlament den Verlust seiner Autorität, wenn es sich derart zu Fragen äußere, die politisch zu entscheiden wären. Gerade vor wenigen Wochen habe die Uno-Vollversammlung einstimmig beschlossen, daß Kernenergie auch in Zukunft notwendig und vertretbar ist.

---

### Beitrag zur Umweltschutzaktion des EAK

---

**Hans Bleckmann stellte sich in seiner Kirchengemeinde auch der Diskussion um die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie und versuchte, die Position der Union in dieser Frage deutlich zu machen. Aus seinem ausführlichen Bericht über Verlauf und Inhalt des Gespräches geben wir nachstehend die zentralen Gedanken wieder.**

Ende August 1986 fragte mich der Gemeindepastor der Heilig-Geist Kirchengemeinde, ob ich als Vertreter der CDU und als Kreisvorsitzender des EAK bereit wäre, die positive Haltung der CDU zur Kernenergie zu begründen. Man hätte sich an zwei Abenden mit dieser Problematik nach Tschernobyl beschäftigt. Letztlich hätte man sich gefragt, was diese Diskussion gebracht hätte. Man müßte dazu einmal jemanden hören, der die Kernenergie selbst nach Tschernobyl noch positiv beurteile.

Ich sagte sofort zu und so kam es im November 1986 zu einem Gespräch.

Zunächst betonte ich, daß es keinen CDU-Politiker gibt, der euphorisch die Kernenergie befürworte, vielmehr ginge es allein um die Beurteilung, wie die Kernenergie als Faktor der Energieversorgung in der Bundesrepublik zu sehen sei. Da alle Länder um uns herum die Kernenergie nutzen, sei dies auch eine Frage, die aus Gründen des Wettbewerbs mit zu beantworten sei.

So gesehen gelte es abzuwägen zwischen Risiken und Erfordernissen.

Gegen die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg erhob ich den Einwand, daß dies bei fehlenden Alternativen verhängnisvolle Auswirkungen in volkswirtschaftlicher Hinsicht haben müsse. Wenn

man sich einmal den Investitionswert aller dieser Werke vergegenwärtige und nach so kurzer Betriebsdauer die Produktion eingestellt würde und keine Erlöse erwirtschaftet würden, so sei dies ein kaum vorstellbarer finanzieller Aufwand, der durch andere Energieträgererlöse abgedeckt werden müsse. Man müsse doch erhebliche Zweifel anmelden, ob diese Konsequenzen von den Ausstiegsforderern hinreichend bedacht würden.

Tatsache ist, daß Alternativ-Energien kurzfristig noch nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stehen und diese andererseits nicht zu wirtschaftlichen Preisen zu haben seien.

Man müsse einfach begreifen, daß auch wirtschaftliche Zwänge oft gar keine anderen Entscheidungen zuließen.

Als die Ölkrisen uns in Unruhe versetzt hatten, wurde die Forderung „weg vom Öl“ erhoben. Nun haben wir die Kernenergie und haben mit ihr einen weiteren Energiefaktor mit der Folge zurückgehender Benzin- und Ölpreise. Da wollen wir zurück zu den fossilen Energieträgern und es zählt heute nicht mehr, was wir gestern beklagten?

Gegen Ende der Diskussion stellte ich die Frage, ob uns der Glaube helfen könnte, all diese Probleme gelassener zu sehen, wenn wir an den Satz Jesu erinnern „In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden“? Daraufhin meinte ein Gesprächsteilnehmer, daß man diese lebensbedrohende Frage mit dem Glauben in Zusammenhang bringt, sei makaber!

Auf meine Frage, warum das makaber sei, wenn ich als Christ empfinde, nach Gebet und Bibellektüre nicht von der Angst betroffen zu sein, wenn ich daraus Zuversicht gewönne, erhielt ich keine Antwort. Vielmehr beendete hiernach der Pastor den Abend.

---

### Islam und Christentum – Ein Beitrag zur Völkerverständigung

---

**Bonn.** Im Januar 1987 fand in der Karl-Arnold-Bildungsstätte ein Seminar des AK Theologie des EAK und des RCDS statt, eine Nachfolgetagung zum Seminar „Islam und Christentum – Eine gesellschaftspolitische Herausforderung“, über die in der EV 3/86 berichtet worden war. Diesmal lautete das Thema „Islam und Christentum – Ein Beitrag zur Völkerverständigung“. Auch diesmal waren unter den mehr als 30 Teilnehmern wieder Vertreter des islamischen Glaubens. Nach wie vor kommt dem Anliegen dieser Seminarreihe besondere Aktualität zu, leben doch immerhin ca. 2 Millionen Muslime in unserem Land. Sie bilden damit neben katholischen und evangelischen Christen die drittgrößte Religionsgemeinschaft in der Bundesrepublik.

Zu Beginn hielt **Pater W. Wanzura**, Leiter der Ökumenischen Kontaktstelle für Nichtchristen (ÖkNi) in Köln, ein Referat über die theoretischen Grundlagen und die Geschichte des Dialogs zwischen Christen und Muslimen in Deutschland.

Als Beispiel für den beginnenden Dialog im Bereich der öffentlichen Schulen berichtete Herr **Dr. Gebauer** vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (Soest) über die Planung und Entwicklung eines Curriculums für islamischen Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen.

Für den Bereich des Sozialen und der Bildung stellte **Prof. P. Schwarzenau**, Vorsitzender der Christlich-Islamischen Gesellschaft (CIG), seine Organisation und ihre Arbeitsgebiete vor. Schwarzenau wies unter anderem auf das Islamarchiv in Soest hin, eine für das Studium dieser Religion und Kultur unverzichtbare Einrichtung. Ferner machte der Referent auf die hauseigene Schriftenreihe „Christlich-Islamisches Schrifttum“ (CIS) aufmerksam, in der namhafte Vertreter beider Lager zu den verschiedensten Aspekten des Dialogs Stellung nehmen.

In einem weiteren Referat wurden die Teilnehmer mit einem privat-schulischen Pilotprojekt bekanntgemacht. Herr **W. Vassel** stellte mit Hilfe anschaulichen Bildmaterials das erst vor ca. 2 Jahren gegründete Deutsch-Arabisches Zentrum der Jugenddorf-Christophorusschule in Elze (Han) vor. Hier erhalten Kinder arabischer Eltern die Möglichkeit, ihre Kultur und Sprache zu erlernen. Daneben bietet das angeschlossene Gymnasium Arabisch als dritte Fremdsprache an, ein Projekt, das bisher seinesgleichen im Bereich der öffentlichen Schulen sucht. Abgerundet wird die Bildungsarbeit in Elze durch einen Jugendaustausch mit arabischen Ländern wie Jordanien, ein Unterfangen, das das Ziel der Verständigung zwischen den Völkern direkt in die Schulausbildung integriert und so „von klein auf“ zum Erlebnis werden läßt.

Völkerverständigung und Dialog standen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch im Mittelpunkt des Seminars, was als sehr wohltuend und weiterführend empfunden wurde. Es bleibt zu hoffen, daß die Bereitschaft, den eben begonnenen Dialog fortzusetzen und auszubauen, wächst und es nicht bei – leider viel zu selten angebotenen – Seminaren dieser Art bleibt.

Dr. Kurt Erlemann

#### Das Recht und der geplante Mensch

**Konstanz.** Rund 100 Zuhörer – und damit dreimal soviel, wie vom CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Professor **Dr. Gerhard Walter** erwartet – waren in das „Barbarossa“-Hotel gekommen, um sich

über Abtreibung und Genmanipulation zu informieren. Professor **Dr. jur. Rolf Stürner** hatte seinen Vortrag mit dem Titel „Das Recht und der geplante Mensch“ überschrieben. Organisiert worden war dieser Informationsabend vom Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der CDU. Stürner wurde vom EAK-Vorsitzenden **Martin Szegedi** willkommen geheißen.

Professor Stürner, von Hause aus Jurist, stellte zunächst den aktuellen Sachstand sowie die Tendenzen in den verschiedenen politischen Parteien und Kirchen dar. Dabei vertrat er die Auffassung, daß die Themen Abtreibung und Gentechnologie nicht voneinander getrennt diskutiert werden könnten: Wenn einerseits über das Strafrecht sowie über die sozialen Komponenten wie Lohnfortzahlung und Kostenersatz der Krankenkassen im Abtreibungsfalle der Schwangerschaftsabbruch de facto legalisiert werde, könne man nicht gleichzeitig wissenschaftliche Experimente mit befruchteten Eizellen verbieten. Stürner kam zu dem Schluß, daß das menschliche Leben nur einheitlich geschützt werden könne. Dabei wertete er das Strafrecht als das wohl schlechteste Mittel, um die mit dem Schwangerschaftsabbruch verbundenen Probleme zu überwinden.

Stürner sieht einen Ansatzpunkt zur Problembewältigung eher im gesellschaftlichen Bereich, wobei eine grundlegende Wertewandlung in vielen Bereichen erforderlich sei: Familienpolitik dürfe nicht nur Frauenpolitik sein; die derzeitigen Regelungen gingen an den voll-erziehenden Müttern vorbei, benachteilige die Hausfrauen gegenüber den mit höherem Sozialprestige angesehenen berufstätigen Frauen. Stürner wörtlich: „Wer die Hausfrauen degradiert, macht die Zukunftsvision des Hausmanns illusionär.“

In der Diskussion gingen bei diesem emotionsbeladenen Thema die Wogen hoch. Nicht zuletzt hatte hierzu der zuvor gezeigte Film beigetragen. Die amerikanische Dokumentation „Der stumme Schrei“ zeigt die Abtreibung eines 12-Wochen-Embryos.

Viele Zuhörer, die sich zu Wort meldeten, meinten übereinstimmend: Materialismus, Egoismus und Bequemlichkeit der jungen Eltern führen zu der Einstellung, ein Kind störe doch nur Lebensweg und Karriere der Eltern und sei deshalb zu entfernen. Der Trend in der Gesellschaft gehe heute zwar zur freien Liebe, zu Partnerwechsel und Konsumfreudigkeit, nur nicht dahin, Verantwortung tragen zu wollen.

Pfarrer **Klaus Broßys** forderte die Zuhörer dazu auf, sich zu engagieren, in Initiativen und Gemeinden, um so auf die Meinungsbildung Einfluß zu nehmen.

Einige Frauen, die nicht der Meinung des Referenten waren, fielen Professor

Dr. Stürner zwar mehrfach ins Wort, um ihren Standpunkt kundzutun, verließen dann aber vor Beginn der eigentlichen Diskussion den Saal.

#### Tätigkeit aktivieren

**Calw.** Seit Mitte des vergangenen Jahres hat sich der EAK in verschiedenen öffentlichen Vorträgen im Raum Calw der Bevölkerung vorgestellt. Die Resonanz und das Interesse der Zuhörer zeigten, daß diese Arbeit nicht nur zurecht begonnen, sondern auch fortgesetzt werden soll.

Um die Programmgestaltung auf eine breitere Basis stellen zu können, wurde gewünscht, daß dem Vorstand weitere Beisitzer hinzugefügt werden. Zur Mitarbeit in diesem Gremium erklärten sich bereit: **Frau Sybille** und **Amdt-Dieter Fauser**, Calw-Altburg, **Heinz Jüngert**, Calw-Wimberg, und **Wilhelm Hahn**, Calw-Holzbronn. Durch ein einstimmiges Votum wurde diese Bereitschaft mit Freude begrüßt und bestätigt.

In den nächsten Monaten will sich der EAK mit folgenden Themen befassen: »Kirche, Politik und Parteien«, »Schöpfung und Umweltschutz«, »Die Armut in der Welt, was geht uns das an«, und schon im März veranstaltet der EAK in Neubulach eine öffentliche Veranstaltung mit Herrn **Jörg Fröhlich**, Stuttgart, dessen Thema sein wird: »Die Notwendigkeit einer politischen Ethik«.

In den evangelischen Arbeitskreisen sammeln sich Christen, die ihres Glaubens wegen einen Beitrag zur Gestaltung gesellschaftlichen Lebens leisten wollen und Verantwortung im kirchlichen und politischen Bereich zu übernehmen bereit sind. Weil die Zehn Gebote wichtige Güter des Menschen wie Leben, Gesundheit, Ehe, Eigentum, Ehre schützen, bestimmen sie für uns auch die Grundrichtungen unseres politischen Handelns.

Auf der Basis dieser Gedanken versucht der EAK als offenes Forum die Grundsatzdiskussion sowohl in der CDU/CSU, als auch in den Kirchen zu führen und einen Beitrag für die verantwortungsbewußte Gestaltung des Lebens zu leisten.

*Der Mensch macht Pläne;  
ob sie ausgeführt werden,  
bestimmt Gott.*

Sprüche 16,9

Der Vorsitzende der Hermann-Ehlers-Stiftung, Bundestagspräsident a. D.  
**Dr. Kai-Uwe von Hassel**, lädt ein zum:

## **4. Bad Bramstedter Gespräch**

**Montag, 23. März 1987**

**Staat und Kirche – Der Auftrag für die Dritte Welt**

u. a. mit:

Heiko Hoffmann, Justizminister des Landes Schleswig-Holstein  
Dr. Jürgen Warnke, MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Oberkirchenrat Warner Conring, Kirchlicher Entwicklungsdienst im Kirchenamt der EKD

Information und Anmeldung: Hermann-Ehlers-Akademie, Gurlittstr. 3, 2300 Kiel 1, Tel. 0431/389221

---

## **Buch-Tip: Evangelische Kirche, EAK, CDU . . .**

---

Zur Jahresmitte wird im Krefelder SINUS-Verlag ein Buch erscheinen, daß sich mit dem Verhältnis von Christlichen Demokraten und Evangelischer Kirche auseinandersetzt. Beiträge befassen sich u. a. mit Luthers Zwei-Reiche-Lehre und ihre historische Verfremdung/Wie politisch darf die Kirche sein?/Christ und Politik/Evangelische Kirche, ein Ärgernis/Sozialethische Erneuerungen in der Politik/Politische „Reizthemen“ und Ev. Kir-

che/. . ./ . Herausgegeben wird das Buch von Reiner A. Terhorst. Es wird etwa 140 Seiten umfassen und ca. DM 20,— kosten. Wir bieten unseren Mitgliedern und Freunden an, dieses Buch vorab zum Subskriptionspreis von DM 15,— zu bestellen. Postkarte mit Angabe der Adresse, Anzahl der Bücher und Unterschrift an R. A. Terhorst, Salzmannstraße 5, 4100 Duisburg 11, Telefon: (0203) 583593.

---

### **Termin**

Berichtigung: Die Festveranstaltung der Evangelischen Akademie Tutzing aus Anlaß ihres 40jährigen Bestehens findet am 11. und 12. Juli 1987 statt.